

ALTERSPOLITIK: DEM RAHMEN FEHLT ES NOCH AN INHALT

Der demografische Wandel ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit: Doch welche Lösungen hat die Politik parat? Trotz Vertrauensbonus haben die Regierungsparteien in dieser Legislatur bisher wenig Konkretes vorgelegt.

DANIELA FRITZ

Mittlerweile liegt die Lebenserwartung in Liechtenstein bei 84,6 Jahren. Die meisten dürfen sich nach der Pension also nicht nur auf viele weitere Lebensjahre freuen, sondern tun dies meist noch recht lange bei guter Gesundheit. Was für den Einzelnen erfreulich ist, stellt die Solidargemeinschaft vor Herausforderungen: Die Finanzierung der Altersvorsorge wird in Umfragen denn auch immer wieder als eines der drängendsten Probleme unserer Zeit genannt. Auch Erbprinz Alois regt in seinen Reden wieder und wieder Reformen an und hätte sich insofern schon etwas mehr Fortschritt im Bereich der Altersvorsorge und Pflege erhofft. «Man hat einiges erreicht, aber man würde gerne noch weiter sein», meint er im Interview in diesem Magazin.

Es ist keineswegs so, dass sich die Regierung diese Anregungen nicht zu Herzen nehmen würde. Für diese Legislaturperiode hatten sich die Koalitionspartner FBP und VU, denen gemäss «Lie-Barometer» die Befragten dafür die höchste Kompetenz zuschreiben, einiges vorgenommen: Gemäss Regierungsprogramm sollen unter anderem verschiedene Varianten zur Finanzierung der Pflege und Betreuung im Alter geprüft und Massnahmen zur langfristigen Sicherung der Altersvorsorge ausgearbeitet werden.

Konkrete Resultate liegen bisher zwar keine vor, aber noch ist die Legislatur nicht vorbei. Und der Herbst könnte diesbezüglich spannend werden: Das versicherungstechnische Gutachten, das die Situation der AHV regelmässig beleuchtet, steht noch an. Derzeit sind die AHV-IV-FAK-Anstalten mit einer Reserve von knapp zehn Jahresausgaben solide aufgestellt. Stellt sich im Bericht allerdings heraus, dass das AHV-Vermögen in den nächsten zwanzig Jahren unter die kritische Grenze von fünf Jahresreserven zu sinken droht, muss die Regierung konkrete Gegenmassnahmen vorschlagen. Stellschrauben sind neben höheren Beitragssätzen oder einem höheren Staatsbeitrag auch die Anpassung des Rentenalters – etwa an die Lebenserwartung gekoppelt.

Schon in der letzten Legislatur zeigte das Gutachten Handlungsbedarf auf. Der Landtag stimmte damals einer Einmalanlage des Staates von 100 Millionen Franken in den AHV-Fonds zu. Für eine Beitragserhöhung von 8,1 auf 8,7 Prozent waren die Abgeordneten hingegen nicht zu haben. Wie sich 2021

zeigte, reichte der einmalige Staatsbeitrag aber vorerst aus, um die Reserven stabil zu halten.

Nicht nur die erste, auch die zweite Säule soll noch in diesem Jahr zukunftsfähiger gemacht werden, kündigte Gesellschaftsminister Manuel Frick im Februar an. Optionen wären beispielsweise ein eingeschränkter Kapitalbezug oder höhere Mindestbeitragssätze – beides ist politisch heikel. Eine Ausweitung der Versicherungspflicht auf weitere Personengruppen wie Selbstständige oder mitarbeitende Familienmitglieder wäre ebenfalls eine Möglichkeit, die betriebliche Personalvorsorge zu stärken.

Im Gesellschaftsministerium bleibt also auch noch in den kommenden Monaten viel zu tun. Vom Landtag kam in dieser Legislaturperiode wenig Input. Weder die Demokraten pro Liechtenstein (DpL), der die Bevölkerung gemäss Umfrage ebenfalls eine gewisse Kompetenz im Bereich Altersvorsorge zutraut, noch die Freie Liste haben sich mit Vorstössen in diese Richtung hervorgetan. Zurückgehalten haben sich auch die Landtagsabgeordneten der Grossparteien. Einzige Ausnahme: Johannes Kaiser (FBP) und Manfred Kaufmann (VU) haben per Initiative durchgedrückt, dass die Rentenhöhe durch den Mischindex berechnet wird. Dies brachte Rentnern Anfang 2023 eine Erhöhung um 2,5 Prozent.

Noch 2020 beauftragte der Landtag die Regierung, mehrere Modelle zur Finanzierung der Betreuung und Pflege im Alter zu prüfen. Im Gespräch stehen beispielsweise eine Pflegeversicherung oder ein individuelles Pflegekapital. Eigentlich sollte das Ergebnis bis Herbst 2021 vorliegen, bekanntermassen grätschte eine Pandemie dazwischen. Aber die Regierung will zumindest noch 2024 liefern.

In den kommenden Jahren könnte also etwas vorwärts gehen. Zumindest den lang ersehnten Rahmen für die künftige Alterspolitik hat Gesellschaftsminister Manuel Frick im Februar vorgelegt, der denn auch von einem «historischen Moment» sprach. Die erste liechtensteinische Altersstrategie, die in einem breiten und partizipativen Prozess über mehrere Monate erarbeitet wurde, umfasst acht Handlungsfelder mit möglichen Massnahmen. Darunter ist auch die Altersvorsorge.

Noch handelt es sich allerdings nur um Papier. Es obliegt nun der Politik, diesem Leben einzuhauchen.